

## **Vortragsmodus Lifo 11.08.2024:**

**(Folie 1)** Der Band „Europäische Integration in der multiplen Krise – Zukunftsaussichten der Europäischen Union“ mit Thomas Sablowski und Peter Wahl als Herausgebern enthält 13 Kurzreferate zu unterschiedlichen Aspekten dieses Themas von eben so vielen Autorinnen und Autoren, von denen ich auszugsweise Inhalte wiedergebe.

### **(Folie 2) Sablowski: Einstweilige Abkehr von Austeritätspolitik, neue Elemente der Regulation**

„Auf die globale Finanzkrise ... und die ... Eurokrise reagierten die Herrschenden in der EU vor allem mit der Schaffung neuer Institutionen zur Vergemeinschaftung von Kreditrisiken und der Institutionalisierung der Austeritätspolitik ... Während die Krisenpolitik kurzfristig die Profitabilität des Kapitals und das Vertrauen der Kapitalanleger in die EU-Staaten als Emittenden von Staatsanleihen und als Produktionsstandorte wiederherstellte, verschärfte sie gleichzeitig die sozialen Spannungen und Erosionstendenzen in der EU. Der Aufstieg von linkspopulistischen und autoritärpopulistischen Parteien, die der EU-Politik kritisch gegenüberstanden, war Folge dieser Politik. Selbst Vertreter der führenden, weltmarktorientierten Kapitalfraktion in Deutschland erkannten daraufhin, dass es notwendig war, Maßnahmen zu ergreifen, um den weiteren Zerfall der EU zu stoppen. Dies führte zu einer modifizierten Krisenpolitik während der Covid-19-Pandemie.“ (9f.) „Die deutsche Regierung ... akzeptierte nun erstmals Gemeinschaftsanleihen in größerem Umfang, um das ‚NextGenerationEU‘-Programm zu finanzieren, ein Investitionsprogramm, mit dem vor allem stark von der neuen Krise betroffene Länder stabilisiert werden sollten.“ (10) Von den Mitteln in Höhe von 750 Mrd. Euro fließen ... 360 Mrd. in Kredite ... und (312 Mrd. in) Zuschüsse... für zweckgebundene Projekte, insbesondere im Rahmen des ‚Green Deal‘ und für die ‚Digitalisierung‘. Das erscheint als große Summe – aber diese verteilt sich auf 27 Mitgliedstaaten und mehrere Haushaltsjahre. „Von einem wirklichen Politikwechsel kann man ... nur bedingt sprechen, als die Gemeinschaftsanleihen nur als einmalige, krisenbedingte Aktion gedacht waren. Die EU muss die Anleihen verzinst zurückzahlen und im Unterschied zu anderen Staatsanleihen sollen auslaufende Anleihen nicht durch neue ersetzt werden.“ (10).

**(Folie 3)** Modifikationen der EU-Politik ergaben sich auch bei der Regulation des Lohnverhältnisses. Dabei stechen vor allem drei Maßnahmen hervor, „mit denen die EU sich von ihrer vorherigen Politik der Schwächung der Gewerkschaften und der Lohnsenkungen während der Eurokrise absetzte“ (11):

„**Erstens** einigten sich die EU-Staaten 2017 auf eine Reform der Entsenderichtlinie, die gewährleisten sollte, dass ... Beschäftigte, die in eine anderes EU-Land entsendet werden, um dort eine Arbeitsleistung zu erbringen, auch arbeitsrechtlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen des Ziellandes unterliegen. Insbesondere sollte der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ gelten.“ (11) „Aber auch die reformierte Entsenderichtlinie beschränkt die Gleichstellung ... auf bestimmte Bereiche, so dass die Regimekonkurrenz partiell erhalten bleibt.“ (12)

„**Zweitens** versuchte die EU während der Corona-Krise ..., mit temporären Krediten zur Unterstützung nationaler Kurzarbeitsprogramme ... in Höhe von knapp 100 Mrd. Euro, die Beschäftigungsverhältnisse zu stabilisieren und den Anstieg der Erwerbslosigkeit zu bremsen. 19 Mitgliedsstaaten machten von diesen Krediten Gebrauch; ungefähr die Hälfte entfiel dabei auf Italien und Spanien.“ (12) Jedoch blieb dieses Programm eine befristete Krisenintervention.

„**Drittens** verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie ... ‚über angemessene Mindestlöhne in der EU‘ ... Die Mitgliedsstaaten verpflichteten sich damit zur Förderung von Tarifverhandlungen ... oder – dort, wo bereits gesetzliche Mindestlöhne bestehen – zur Schaffung von Verfahren für die Festlegung ‚angemessener‘ Mindestlöhne ... Welche Mindestlohnhöhe angemessen wäre, wurde allerdings offengelassen. Einschränkend wurde zudem festgehalten, dass die Richtlinie nicht so ausgelegt werden dürfe, als verpflichtete sie Staaten zur Einführung gesetzlicher Mindestlöhne oder dazu, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.“ (12)

**(Folie 4)** Die neuen Maßnahmen stellen „keinen Paradigmenwechsel bei der Regulation des Lohnverhältnisses dar“, sie sind zu begrenzt. „Aber sie bedeuten eine wichtige diskursive Verschiebung...“ (13) „Auch die Regulation der Konkurrenz hat sich in der EU in den letzten Jahren

verändert. Die eng gefassten, neoliberal orientierten Regeln für staatliche Beihilfen wurden aufgeweicht. ... Hintergrund sind die Verschärfung der Konkurrenz mit China und der Rückstand der EU sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber China in bestimmten Technologiefeldern und Produktionsbereichen, die für die zukünftige Position in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung zentral sind ...“ (13)

### **(Folie 5) Hans-Jürgen Bieling: Die EU in der neuen Globalen Geoökonomie**

Hans-Jürgen Bieling weist darauf hin, „dass geoökonomische Erwägungen auch in der EU-Infrastrukturpolitik eine zunehmend größere Rolle spielen. In den Fokus geraten dabei Zahlungssysteme wie SWIFT oder ... European Payments Initiative, Satelliten- und Navigationssysteme (Galileo - als Alternative zu GPS /J.S.), der Ausbau der 5G Mobilfunktechnologie, die Etablierung eines europäischen Cloudsystems (Gaia-X) oder Ladestationen für E-Autos und eine funktionsfähige Wasserstoffinfrastruktur. In Reaktion auf das chinesische Projekt der *Neuen Seidenstraße* ... hat die EU Ende 2021 zudem die Initiative ‚Global Gateway‘ verkündet...“ (41). Demgemäß „sollen für die Jahre 2021-27 bis zu 300 Mrd. Euro für Infrastrukturprojekte in Afrika, Lateinamerika und Asien zur Verfügung gestellt werden.“ (41) Bei diesen Projekten verdichtet sich der Eindruck, dass „regressive Optionen“ in den Vordergrund treten:

- Erstes Defizit: (44) In dem Maße, „wie in dem Zeichen geoökonomischer Konkurrenz die Allianzen aus staatlichen Akteuren und transnationalen Konzernen bestimmend bleiben“, könnten klima- und sozialpolitische Potenziale „beschnitten werden“.
- Ein zweites Manko: Öffentliche Gelder sollen genutzt werden, um privates Kapital zu mobilisieren. Mögliche Folge: Rendite-Risiken verhindern notwendige Investitionen, es werden keine Projekte umgesetzt, die zwar ökologisch notwendig sind, „aber den privaten Kapitalgebern nicht lohnend erscheinen.“
- Drittes Defizit: Die Lockerung der wettbewerbsrechtlichen und finanzpolitischen Regeln ist vorübergehend. Es „droht eine Rückkehr zur europäischen Austeritätsagenda, da sich die Regierungen“ – unter maßgeblicher Mitwirkung Lindners – „darauf verständigt haben, den Wachstums- und Stabilitätspakt wieder einzusetzen...“ (44)

### **(Folie 6) Thomas Sablowski** relativiert zudem die Bedeutung der neuen Geoökonomie der EU:

„Vergleicht man die 43 Mrd. Euro EU-Subventionen mit den 280 Mrd. Dollar des CHIPS and Science Acts der USA und den 150 Mrd. Dollar der entsprechenden Programme in China, so erscheinen sie eher unzureichend. Im Verhältnis zu anderen Ausgaben sind sie jedoch von Gewicht. Für eine neue Chip-Fabrik in Magdeburg sollen 10 Mrd. an den Intel-Konzern und für eine Chip-Fabrik in Dresden 5 Mrd. an TSMC fließen – während für die Kindergrundsicherung kein Geld übrig ist. (vgl. 14)

„... 77 % aller von der Kommission bewilligten Staatshilfen (entfielen) auf Unternehmen in Deutschland und Frankreich.“ Es gibt Hinweise, dass sie „vor allem dem Ziel dienen sollen, die Versorgung der Autohersteller mit Chips zu sichern...“ (14)

### **(Folie 7) Sablowski: Internationalisierung, Finanzialisierung, Stagnation**

Es ergab sich eine leichte Zunahme des Arbeitsvolumens in der EU von 6 Mrd. Arbeitsstunden pro Woche im Jahr 2008 auf 6,2 im Jahr 2022 – eine geringe Dynamik. (vgl. 16)

„Im Zeitraum 1996 – 2007 stieg die reale Produktivität pro Arbeitsstunde jährlich im Durchschnitt um 1,75 %; nach der globalen Finanzkrise, von 2008 bis 2022, stieg sie nur noch um 0,87 % pro Jahr. Dies ist maßgeblich durch die geringe Dynamik der Investitionen bedingt. Das jährliche Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen ... lag ... zwischen 1996 und 2007 noch bei 3,4 % pro Jahr, ... zwischen 2008 und 2022 nur (bei) 0,7 % jährlich.“ (16) Die Reallöhne in der EU stiegen in den beiden Perioden vor und nach der Finanzkrise jeweils um 0,6 % pro Jahr.

„Im Gegensatz zum schleppenden Akkumulationsprozess im Inneren steht die weiterhin rasch fortschreitende Internationalisierung des Kapitals. So ist der Anteil der Exporte von Gütern und Dienstleistungen am BIP in der EU ... deutlich gestiegen. Die Exportquote in der EU-27 stieg von 28,3% 1995 auf 40,7 % 2007 und weiter auf 49,4 % 2019 und 56,3 % im Jahr 2022. Wenngleich die Exporte in die EU für alle Mitgliedsstaaten nach wie vor von großer Bedeutung sind, so ist in der

Mehrzahl der Mitgliedstaaten und insbesondere in den großen eine relative Abnahme der Bedeutung der Exportverflechtungen innerhalb der Union zu verzeichnen.

**(Folie 8)** Die Tabelle zeigt auch, dass dem Brexit eine relative Abnahme der Exportverflechtungen der Vereinigten Königreichs mit der EU vorherging.“ (16) **(s. Tabelle 1 S. 17).**

„In China ist die Exportquote von 32,6, % 2008 auf 20 % 2021 gesunken...., in den USA von 12,4 % auf 10,9 %. Wir haben es also mit einer asymmetrisch wachsenden Weltmarktabhängigkeit der EU zu tun. Gleichzeitig ist der Anteil der großen EU-Staaten an den Weltexporten ... gesunken, da die (Summe der absoluten) Exporte insbesondere in China, aber auch in Indien und anderen (semi-)peripheren Ländern schneller gewachsen sind.“ (17.f.)

„Schließlich deuten einige Indikatoren darauf hin, dass es sich in den großen EU-Staaten weiterhin um finanzdominierte Akkumulationsregime handelt. So sind in Deutschland, Frankreich und Italien die Aktiva institutioneller Anleger und die Aktienmarktkapitalisierung in der Tendenz schneller gewachsen als das BIP ... Die größten institutionellen Anleger und Vermögensverwalter befinden sich weiterhin in den USA, und sie sind die wichtigsten Eigentümer vieler der großen Kapitalgesellschaften in der EU.... Hier liegt die Basis der Abhängigkeit der EU vom US-Kapital. Der finanzdominierte und zunehmend extravertierte Charakter der Akkumulationsregime in der EU ist die Kehrseite der stagnierenden Investitionstätigkeit und der Überakkumulationstendenzen im Inneren der Mitgliedsstaaten. In dieser Hinsicht besteht Kontinuität; die verschiedenen Krisen ... haben keine Katharsis bewirkt.“ (18) **(Tabelle 2 Seite 19)**

**(Folie 9) Wahl: Zwischen Wollen und Können: EU auf Weltmachtstatus?**

„Das Beharren auf einer globalen Führungsrolle bildet den harten Kern der Konflikte um die Gestalt(ung) der Weltordnung. Eine Folge ist die Herausbildung von geopolitischen Lagern. Der Westen wird zur Wagenburg unter US-Kommando und die EU neben Japan, Australien und einigen anderen zu deren Insassen....

Vielfach hat sich ... die Vorstellung festgesetzt, die EU könne als gleichrangig mit Nationalstaaten wie den USA, China etc. gewertet werden. Das ist ein fundamentaler Irrtum. Denn tatsächlich ist die EU kein Staat, sondern ein Hybrid aus einer Allianz von Nationalstaaten sowie Elementen supranationaler Staatlichkeit.“ (27 f.) Die EU verfügt nicht über „die Handlungsfähigkeit und Effizienz eines vergleichbaren Nationalstaates“ (28). Es ist ein „prekäres Gebilde mit enormen Stabilitätsrisiken, dessen Problemlösungsfähigkeit deutlich geringer ist als die vergleichbar großer Nationalstaaten.... So sehr es auch gerade die deutsche Linke schmerzen mag, der Nationalstaat ist, ‚wenn es ernst wird, the only game in the town‘...“ (28)

„Ursprünglich war die Hybridkonstruktion nur als Zwischenstadium auf dem Weg zu einer ‚immer engeren Union‘ ... gedacht, den Vereinigten Staaten von Europa. Inzwischen ist sie jedoch Dauerzustand und die große Zukunftsvision nur noch Sache von Sonntagsreden. Derzeit sind selbst die Anhänger eines europäischen Bundesstaates froh, wenn die zentrifugalen Tendenzen nicht weiter zunehmen.“ (28) Der Transfer von Souveränität im Bereich der Außenpolitik an Brüssel ist gering und die Abschaffung des Mehrheitsprinzips ziemlich aussichtslos.(vgl. 29)

„Krisenmanagement in Permanenz, *muddling through*, wurden so zum vorherrschenden Politiktypus. Das ist angesichts der Häufung von Krisen und Konflikten in der Welt und der daraus resultierenden Komplexität, Unsicherheit und Instabilität ein Handicap, das die geopolitische Konkurrenz nicht hat.“ (29)

**(Folie 10) Wahl: Die Machtressourcen der EU**

„Militärisch ist Brüssel eigentlich ein Zwerg.“ (29) „... aus einer puren Addition ergibt sich noch lange keine gemeinsame militärische Schlagkraft. Unter wirklich supranationalem Kommando stehen nur geringe Kräfte, auch wenn diese ausgebaut und vermehrt und große Rüstungsprojekte durchgeführt werden sollen.“ (30)

„Auch verfügt die EU nicht über Atomwaffen, die unabdingbar zum Weltmachtstatus gehören. Frankreich ist nicht willens, seine *Force de Frappe* zu vergemeinschaften, weil sie ein entscheidender Faktor für Souveränität und Großmachtstatus ist... Aber auf der anderen Seite wollen Berlin u. a. Keine atomar begründete französische Führungsrolle akzeptieren. Und die sogenannte nukleare Teilhabe von fünf NATO-Mitgliedsstaaten – darunter Deutschland -, wonach

deren Bomber im Ernstfall US-Atomsprengeköpfe nach Russland tragen sollen, ist eine subalterne Dienstleistung unter der exklusiven Kontrolle Washingtons.“ (30)

### **(Folie 11) Jürgen Wagner: Gefolgschaft und Militarisierung**

Jürgen Wagner weist darauf hin, dass weitreichenden militärischen Autonomiebestrebungen der EU noch weitere Hürden entgegenstehen: „Auch die immensen Steigerungen der europäischen Militärausgaben der letzten Jahre sind nur auf den ersten Blick ein Zeichen für eine Gegenmachtbildung, da fast alle neuen Kapazitäten vom neuen NATO-Streitkräftemodell gebunden werden. Für europäische Alleingänge über Brigadestärke hinaus dürften absehbar nur schwer Kapazitäten zu mobilisieren sein.“ (56) Dazu kommen die heftigen Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland: Deutschland tätigte – „sehr zum Ärger Frankreichs – mit seinem Sondervermögen von 100 Mrd. Euro auch eine Reihe von US-Anschaffungen ..., die z. T. in direkter Konkurrenz zu geplanten deutsch-französischen Projekten stehen (F-35, P8-Poseidon, ESS ...). Verschärfend kommt hinzu, dass in den beiden wichtigsten deutsch-französischen Prestigeprojekten, dem Luftkampfsystem FCAS und dem Panzersystem MGCS, die Auseinandersetzungen um den Anteil am Kuchen inzwischen eine Dimension angenommen haben, dass deren Scheitern keineswegs mehr ausgeschlossen ist.“ (56) Und Italien und zeitweise auch Schweden schlossen sich „dem britischen Kampfflugzeugprojekt an, das sich inzwischen zu einer ernstesten Alternative zum FCAS entwickelt. Und Polen, das sich ursprünglich gerne am MCGS-Kampfpanzersystem beteiligt hätte, aber außen vor gelassen wurde, stieg auf US-amerikanische und südkoreanische Panzer um.“ (56) Allen Überlegungen auf höchster Ebene zu Rückversicherungsmaßnahmen für ein Umschalten auf militärische Vollautonomie im Fall einer erneuten Präsidentschaft Trumps – die Schaffung eines neuen Milliardenfonds für Aufrüstung, der Aufbau von atomaren Fähigkeiten, wie von Joschka Fischer und Herfried Münkler vorgeschlagen – stehen die nationalen Gegensätze unüberwindbar im Weg. Militärisch gesehen, ist es „weder wünschenswert noch realistisch, dass dieser Zustand überwunden wird. Bei Versuchen in diese Richtung droht aber großer Schaden.“ (57)

### **(Folie 12) Wahl Machtressourcen der EU**

**Was jedoch die Ökonomie angeht, räumt Peter Wahl ein:** „Ökonomisch hat die EU wirklich Weltmachtformat.“ (31) Doch ein Wirtschaftskrieg gegen China würde sich für die EU sehr negativ auswirken. „Die Abhängigkeit z.B. der deutschen Autoindustrie von China, bei gleichzeitig steigendem Bedarf an Rohstoffen für die ökologische Wende, wie seltene Erden, Lithium, Kobalt etc., würde bei kurzfristiger Beendigung der Beziehungen zu katastrophalen Folgen führen. Für Frankreich und Italien dürfte Ähnliches gelten. Deshalb wird ... nur eine vorsichtige Verminderung der Risiken angestrebt.“

Für den US-Kapitalismus, ökonomisch schon immer der Rivale der EU, bedeutet die geo-ökonomische Konfrontation mit China zugleich entschiedenen Protektionismus, der auch die EU als Kollateralschaden trifft. Mit dem Inflation Reduction Act gehen nicht nur über eine Billion US-Dollar an die einheimische Wirtschaft, sondern es werden auch Zölle und Ausfuhrbeschränkungen verhängt.“ (31) (Und die betreffen auch die EU-Exporte J.S)

„*Technologisch* verfügen die EU-Länder zwar noch über beträchtliches Potenzial. Aber angesichts der stürmischen Umbrüche bei strategisch wichtigen ... Technologien in Schlüsselbereichen der Produktivkraftentwicklung wie Digitalisierung, KI, Quantencomputing u.ä. liegen EU-Unternehmen gegenüber den Spitzenreitern aus den USA und China deutlich zurück.“ (32)

„Für eine emanzipatorische Europapolitik bedeutet das, den Großmachtillusionen entgegenzutreten und den Platz der EU in der Welt des 21. Jahrhunderts realistisch zu bestimmen. Im Jahr 1900 betrug der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch 25 %. Der Anteil der EU steht aktuell bei 5,6 % und wird weiter sinken. Ihr Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt betrug 1980 noch 25 %, 2020 war er auf 14 % gesunken und soll Prognosen zufolge bis 2050 auf 9 % zurückgehen. ... Zugleich muss das Ziel ... aber tatsächlich auch eine größere Autonomie gegenüber den USA sein. Allerdings kann diese Autonomie nicht militärisch definiert sein. Vielmehr muss sie sich inhaltlich an den friedenspolitischen Werten orientieren, die auch den Kern der UN-Charta und des Völkerrechts bilden: Kooperation statt Konfrontation, politische Konfliktregelung, friedliche Koexistenz auch und gerade mit Russland und China, Rüstungskontrolle und Abrüstung.“ (33)

**(Folie 13) Andreas Bohne/Boniface Mabanza: Europe first – Afrika unter „ferner liefern“**

Die Beziehungen zur Afrikanischen Union gestaltet die EU allerdings gar nicht nach dem Prinzip der gleichberechtigten Kooperation. Die Afrikanische Union hat sich für die Einrichtung einer Africa Continental Free Trade Area entschieden. Darin soll „durch Diversifizierung und Industrialisierung die strukturelle Transformation“ vorangetrieben werden. Doch die EU mit ihren Abkommen „steht diesem Anliegen im Wege, indem sie in fast allen Regionen die Einführung neuer Exportsteuern verbietet, womit den Ländern Afrikas die Möglichkeit genommen wird, Anreize für die Verarbeitung der Rohstoffe vor Ort zu schaffen.“ (129)

Ein neues Kapitel der europäisch-afrikanischen Kooperation bahnt sich im Bereich Erzeugung grünen Wasserstoffs an – aber auch hier stehen die EU-Interessen an erster Stelle. Dieser Wasserstoff „ist eine aufwendige und kostspielige Technologie“: zu seiner Produktion „werden große Massen an Wasser und Energie, Riesenflächen für Wind- und Solaranlagen benötigt. In Regionen mit akutem Wassermangel wie“ in Namibia und den nordafrikanischen Ländern „soll das Wasser aus dem Meer kommen, was den Einsatz teurer und energieintensiver Entsalzungsanlagen notwendig macht.“ (129) Und „... was sollen Namibia und andere Länder Afrikas mit der Wasserstoffproduktion anfangen? ... die meisten Länder des Kontinents (können) das Produkt, anders als Gas oder Öl, selbst gar nicht gebrauchen“ (129 f.) Abgesehen davon bringt das Projekt Gefahren mit sich. „Die erste betrifft die Verschuldungsfalle. Der Investitionsbedarf ... in Namibia wird auf 10 Milliarden US-Dollar geschätzt. Namibia ... will 24 % der Investitionssumme durch neue Schulden oder Öleinnahmen finanzieren“ – bei einer Schuldenquote von über 66% des BIP. „Hinzu kämen notwendige Investitionen in Leitungen ... ins Landesinnere. Die zweite Gefahr betrifft die Umwelt. Die Entsalzung des Meerwassers produziert giftigen Müll ... Das für die Produktion ... vorgesehene Gelände ist ein Schutzgebiet mit seltenen Pflanzenarten...“ und vielen Vogelarten. Zivilgesellschaftliche Organisationen Namibias forderten den Staatschef auf, das Projekt zu stoppen. „Für Namibia wie für viele andere afrikanische Länder gilt, dass Investitionen in dezentrale erneuerbare Energien zur Überwindung der Energiearmut besser geeignet sind als Mammutprojekte der Monopole, ... von denen nur geringe Strommengen an die lokale Bevölkerung fallen.“ (130)

**(Folie 14) Uwe Witt: EU-Emissionshandel wird Wirkung zeigen**

Die Analysen zur Klimapolitik der EU nehmen im Band insgesamt einen großen Raum ein. Die EU hat festgelegt, dass im Rahmen der Lastenteilung bei der Verminderung der Emissionen das EU-„Gesamt-minderungsziel bis 2030 mit unterschiedlichen Quoten auf die Mitgliedsstaaten aufgeteilt (wird). Deutschland muss hier beispielsweise national 50 % seiner Treibhausgase einsparen, Polen 17,7 %. Wie die Länder konkret dies erzielen sollen, ist (allerdings) nur zum Teil auf europäischer Ebene geregelt, vieles liegt in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten.“ (73)

Aber mit den neuen EU-Vorgaben „werden Energiewirtschaft und Industrie ... ab 2024 dennoch auf einen deutlich strengeren Minderungspfad gezwungen. In den sechs Jahren bis 2030 verdoppeln sich .. die Einsparmengen gegenüber den bisherigen Zielen mit einem ... Minderungsfaktor von ... 4,4% ... pro Jahr. Das bedeutet, dass die jährliche Auktionsmenge an Emissionsberechtigungen ... bereits im Jahr 2039 auf null sinken wird... Zudem werden zeitnah alte und ggf. neu entstehende Überschüsse aus ungenutzten Zertifikaten schneller dem Markt entzogen. Experten prognostizieren, dass infolge der Reform die Kohleverstromung in Europa bereits vor dem Jahr 2030 unrentabel wird.“ (74)

**(Folie 15) Birgit Mahnkopf: Die blockierte Transformation**

Dagegen sieht Birgit Mahnkopf die Entwicklung des „European Green Deal“ als ein besonders trauriges Kapitel an. Sie referiert anfangs noch einmal die Ausgangszahlen: „Nach den Daten des ‚Emission Gap Report‘ des Umweltprogramms der UN ... vom November 2023 werden die globalen Durchschnittstemperaturen am Ende des Jahrhunderts gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um knapp 3°C angestiegen sein – und dies selbst dann, wenn alle Unterzeichner des Pariser Abkommens ihre bereits zugesagten Reduktionsziele bei den Klimagasen einhalten würden. ... eine Begrenzung der Erhitzung auf 2°C würde verlangen, dass die Klimagase in den kommenden sieben Jahren um fast 30 % sinken. ... damit ist nicht zu rechnen. Nirgends zeichnet sich eine

„Energiewende ab ... Noch weniger ist mit einer Wende bei der fortschreitenden Vernichtung der Biodiversität zu rechnen.“ (60)

Nach den Daten des UN-„Production Gap Report 2023“ „planen fast alle 20 Staaten, die zu den wichtigsten Produzenten fossiler Energieträger gehören – darunter an vorderster Spitze die zehn reichsten Staaten der Welt – Maßnahmen, die zu einem Anstieg der Kohleproduktion bis 2030 und zu einer weiteren Steigerung der Öl- und Gasproduktion wenigstens bis 2050 führen werden.“ (61) Zudem gehen „fast alle Aktivitäten, die eine ‚Energiewende‘ einleiten sollen, mit einem nochmals gesteigerten Ressourcenverbrauch und damit mit einer beschleunigten Vernichtung von Pflanzen und Tieren“ einher. (61)

„Die marktkonformen Mechanismen, auf denen der European Green Deal (EGD) basiert, und die fragwürdigen Verrechnungsoptionen, mit denen die EU ‚Netto-Null-Emissionen‘ ... erreichen will, mögen im Rahmen des Handels mit CO<sub>2</sub>- Zertifikaten zu buchhalterischer Klimaneutralität für einzelne Produktionswege führen – etwa durch die Verschiebung von Emissionen über die Bilanzgrenzen eines Industriesektors, Produkts oder nationalen Inventars hinweg. Zu der notwendigen Reduzierung von Emissionen in der gesamten EU dürfte dies nicht führen; im besten Fall könnte vielleicht die Emissionsintensität wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten in der EU sinken. Allerdings würden solche Veränderungen auf der ‚Out-put-Seite‘ ... - also bei den Schadstoffen – mit einer dramatischen Verschärfung aller Probleme auf der ‚Input-Seite‘ des Systems einhergehen, also mit gesteigerter Rohstoffextraktion. Der Ausbau von rohstoffintensiven Technologien für erneuerbare Energien dürfte zusammen mit der geplanten Elektrifizierung des Verkehrs, der Wärmeversorgung und mit der gleichzeitigen Digitalisierung vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und militärischer Infrastrukturen zu einer nochmaligen Steigerung der geochemisch-biologischen Belastungen des Planeten führen.“ (61 f.)

**(Folie 16)** „Schon jetzt sind viele mit dem EGD assoziierte Versprechen gebrochen worden: Im November 2023 hat das Europäische Parlament einen Gesetzesvorschlag gekippt, der Menschen und Natur ein wenig besser vor tödlichen Pestiziden in der Landwirtschaft schützen sollte. Auch ein Gesetz, das die Flut des Verpackungsmülls eindämmen sollte, wurde nach aggressivem Lobbying von Industrie und Fast-Food-Ketten verhindert... Nach wie vor unvorstellbar ist ein Ende der exportorientierten ‚Gemeinsamen Agrarpolitik‘ und die Bindung von Subventionen für Landwirte an Produktionsbedingungen, die weder natürliche Habitats noch die menschliche Gesundheit schädigen. ... im besonders umweltschädlichen Verkehrssektor ist keine ökologische Wende in Sicht.

Ein für jede ‚sozial-ökologische Transformation‘ zentrales Ziel stand zu keinem Zeitpunkt im Focus des EGD: sowohl den energie- als auch den Ressourcenverbrauch ... drastisch zu senken. Kein Wunder, dass der bisherige Ausbau erneuerbarer Energie nur die wachsende Energienachfrage abdeckt, der Verbrauch fossiler Energie aber nicht gesunken ist ... beim jetzigen Stand des Ausbaus und der Planungen dürften bis 2030 gerade einmal 50% der Menge an Wind- und Solarenergie vorhanden sein, um – wie in Aussicht gestellt – ca. 60 % des Stroms in der EU aus erneuerbaren Quellen beziehen zu können ... Allein Dänemark, die Niederlande und Spanien dürften bis 2030 ihre Ausbauziele erreichen.“ (62 f.)

„Gegenüber 2018 wird die Kohleverstromung sich bestenfalls halbieren; wobei 90 % des Strommixes, der bis 2030 mit Kohle produziert wird, auf Deutschland, Polen, Tschechien und einige kleinere osteuropäische Länder entfallen. Beim Gas bleibt fast alles wie 2018, außer dass Italien, Belgien und Deutschland deutlich mehr Gas für ihre Elektrifizierung verwenden werden.“ Sieben Mitgliedstaaten werden „für 20 % des absehbaren Emissionsanstiegs in der EU allein durch ihre Stromerzeugung verantwortlich sein. Deutschland wird die Verschmutzer-Riege anführen!“ (63)

### **(Folie 17) Mahnkopf: Energiepolitische „Rolle rückwärts“ in Zeiten geopolitischer Konfrontation**

„Der Krieg in der Ukraine ... und die Abkopplung der EU von Gasimporten aus Russland haben aus der Mogelpackung des EGD inzwischen eine böse Farce gemacht: Kohle, Gas und Atomenergie erleben ein Revival. ... Kohle wird bis Anfang der 2030er-Jahre aus Australien, Südafrika und

Kolumbien statt aus Russland ... importiert werden – also auf viel längeren Wegen ... Zugleich werden seit 2022 viele Milliarden Euro in neue Infrastrukturen für fossile Brennstoffe gesteckt. Zu einem Sargnagel für die EGD dürften insbesondere die wirtschaftlichen und technologischen ‚Lock-in-Effekte‘ werden, die sich aus dem Ausbau der Verflüssigungs-, Transport- und Rückvergasungsinfrastrukturen für LNG in Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien sowie im Vereinigten Königreich ... ergeben. Zumindest 20 Jahre müssen diese Anlagen ihren Dienst tun, damit die Investoren nicht auf ‚stranded assets‘ sitzen bleiben, also bis Mitte der 2040er-Jahre. ... Heute investiert Deutschland ... so stark in zusätzliche LNG-Infrastruktur, dass in kommenden Jahren mit großen Überkapazitäten zu rechnen ist. Seit 2022 haben sich die LNG-Importe der EU aus den USA verdoppelt, und dieser Trend dürfte anhalten“. (64f.) Zudem drängen Vertreter\*innen der EU (und die deutsche Regierung) „Regierungen in Senegal, Nigeria und Mosambik, wo viele Menschen aus Mangel an Gas Holz und Kohle verfeuern müssen, neue Gasprojekte für Europa zu starten – und sei es in Naturschutzgebieten.“ (65)

**(Folie 18)** Der „Handelskrieg, den die USA gegen China führen, hat Auswirkungen auf die geplante Energiewende in der EU.“ (65) Der Anteil Chinas an der gesamten Photovoltaik-Produktion und an der Produktion von Batterien für Elektrofahrzeuge liegt „heute bereits bei über 80 %. Auch die Lieferketten der Windkraftindustrie und Produkte für die Modernisierung der Infrastruktur (v.a. Kupferkabel) sind in China konzentriert... Darüber hinaus werden viele der Metalle, die zur Herstellung von Modulen, Wafern, Zellen und Batterien benötigt werden, von chinesischen Unternehmen in und außerhalb Chinas gewonnen und/oder hergestellt. ... Es wird zu einer Frage der ‚Energiesicherheit in Europa‘, bei der Beschaffung von Rohstoffen ... und bei der Produktion aller wichtigen Bestandteile der ‚grünen Technologien‘ auf chinesische Unternehmen zu setzen, statt, wie derzeit geplant, chinesische Firmen von zentralen nationalen Infrastrukturprojekten auszuschließen, oder gar den bereits begonnenen Handelskrieg weiter voranzutreiben.“ (66f.)

„Aufgrund seiner enormen Investitionen entlang der ‚Belt and Road Initiative‘ ist China heute in der Lage, ‚kritische Materialien‘, die in den von ihm kontrollierten Minen vor allem in Asien und Afrika abgebaut werden, zu Zwischenprodukten zu verarbeiten und damit alle Möglichkeiten zu nutzen, sie in höherwertige Endprodukten einfließen zu lassen. Damit gerät die Ordnung der bisherigen globalen Arbeitsteilung grundsätzlich aus den Fugen. Denn auf die höherwertigen Endprodukte hatten sich ja europäische und US-amerikanische Unternehmen konzentriert.

**(Folie 19)** Die Antwort der Politik auf diese neue Lage lautet beiderseits des Atlantiks: Großzügige Subventionen für den Aufbau strategisch wichtiger Lieferketten – vorausgesetzt, es ließe sich in kurzer Zeit der Abbau und die Verarbeitung von ‚kritischen Materialien‘ entweder im Inland oder in ‚gleichgesinnten Ländern‘ (wieder) aufnehmen und schnell ausbauen. Doch überall dort, wo etwa der umweltschädliche Abbau des begehrten Lithiums für die Batterieproduktion vorgesehen ist – im ländlichen Norden Portugals, in Serbien oder in Finnland (oder im Rheingraben – J.S.), kommt es sofort zu massiven Protesten der lokalen Bevölkerung, und das aus gutem Grund.“ (68) „Der Reichtum der Industrieländer basiert auf scheinbar unendlich vorhandener und billiger fossiler Energie – und auf dem ungehinderten Zugriff auf alle Rohstoffe. Das ist letztlich mit dem strategischen Ziel der ‚Energiesicherheit‘ gemeint.“ (69)

**(Folie 20) Uwe Witt: Wasserstoff fossil?**

Uwe Witt konkretisiert dieses Bestreben in Bezug auf die künftige Wasserstoffstrategie. Nur ein kleiner Bruchteil der von der fossilen Brennstoffindustrie vorgeschlagenen Wasserstoff-Projekte, die berechtigt sind, öffentlich gefördert zu werden, „sind glaubwürdige grüne Wasserstoffprojekte. Lediglich 10 % von ihnen behaupteten, erneuerbaren Wasserstoff transportieren zu wollen. Bei mehr als der Hälfte der Projekte ... sei ausdrücklich erwähnt worden, dass der Transport von fossilem Wasserstoff angestrebt wird - ... Kriterien aus Brüssel lassen dies zu.“ (80)

Die Wasserstoffstrategie Deutschlands setzt auf den Import und geht „von Importquoten von 70 bis 80 % aus, sozialökologische Leitplanken dafür stehen aus. Somit besteht die Gefahr, dass die Dekarbonisierung Deutschlands in Teilen auf Kosten des Globalen Südens geht.“ (80)

„Dies würde verstärkt, wenn der künftige Wasserstoffeinsatz nicht allein auf jene Bereiche beschränkt wird, wo er tatsächlich die einzige Alternative ... darstellt (d.h. bei der Eisenreduktion, Teilen der Grundstoffchemie, im Flug- und Seeverkehr, bei der Rückverstromung...). Gerade ... zur Wärmeversorgung oder in PKWs hat er jedoch nichts zu suchen. Dennoch zielen hierzulande etwa das Gebäudeenergiegesetz ... oder die von der FDP angestrebten (und mit von der Leyen vor der 2. Wahl vereinbarten) EU-Ausnahmen für synthetische Kraftstoffe in PKWs darauf ab.“(80 f.)

**(Folie 21) Ingar Solty: Der Ukraine Konflikt im Kontext des USA-China-Konflikts**

„Beim Konflikt zwischen den USA und China geht es darum, China in einer untergeordneten Stellung in der internationalen Arbeitsteilung zu halten.“ (85) „Die militärische Einkreisung Chinas durch die USA ist unter Biden noch einmal erheblich konfrontativer geworden. Viele befürchten, wie der UN-Generalsekretär Antonio Guterres, im Kontext des Ukrainekriegs ein Schlafwandeln in den Dritten Weltkrieg. Tatsächlich besteht die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland. Sie droht, da der ukrainischen Regierung die Soldaten ausgehen, die die vom Westen gelieferten Waffen bedienen könnten. Der Westen steht vor dem Dilemma, seine Kriegsziele in der Ukraine kaum ohne eigene Truppen verwirklichen zu können. Dennoch ist die Gefahr, in einen Dritten Weltkrieg zu schlittern, wohl nirgendwo größer als im Westpazifik und im Südchinesischen Meer.“ Die Biden-Regierung verstärkte die Konfrontation durch ihre immer offenere Infragestellung der Ein-China-Politik immens. „Das Südchinesische Meer wird dadurch zum Pulverfass.“ (86) „Die Grundkonstellation ist dabei, dass die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie den Konflikt braucht, der chinesische Aufstieg hingegen den Multilateralismus und friedliche Rahmenbedingungen. Die Frage stellt sich nun: Was braucht eigentlich Europa?“ (87)

**(Folie 22)** „Der Ukrainekrieg ist Katalysator eines neuen Transatlantizismus. Dieser ist asymmetrisch, weil er eine vierfache Abhängigkeit Deutschlands und der EU von den USA mit sich bringt: 1. energiepolitisch, 2. wirtschaftspolitisch, 3. geopolitisch und 4. militär-industrie-technologisch.“ (88)

„Die neuen LNG-Terminals werden heute zu etwa vier Fünfteln mit US-amerikanischem Flüssiggas aus Fracking-Produktion beliefert. Da dieses nicht nur immens klima- und umweltschädlich (mehr als Kohle – J.S.), sondern auch erheblich teurer ist, ergibt sich hieraus nicht nur eine enorme Energieabhängigkeit von den USA, sondern auch eine wirtschaftspolitische Schwächung Deutschlands und der EU. Die Sorgen vor einer Deindustrialisierung sind zweifellos berechtigt; die Energiekosten in Deutschland sind gegenwärtig dreimal so hoch wie in den USA und siebenmal so hoch wie in China.“ (88)

Diese Schwächung „verschränkt sich zweitens mit einer zunehmenden Abhängigkeit vom US-Binnenmarkt.... Dieser Machthebel wird in dem Maße umso wirkungsvoller ..., wie es dem US-Staat gelingt, eine neue Blockkonfrontation gegen China herbeizuführen.... In Deutschland und der EU ist man in Regierungskreisen trotzdem weiterhin überzeugt, man könne sich am militärisch-geopolitischen Konfrontationskurs der USA und der säbelrasselnden Rhetorik gegen China beteiligen und dennoch weiter alle für sich vorteilhaften Handelsbeziehungen aufrechterhalten...“

**(Folie 23)** Eine weitere entscheidende Dimension ist: „Die Rüstungskonzerne sind im Rahmen ... der zivilen Nutzung militärischer Technologie zu Motoren der Hochtechnologie geworden. Die Vierte Industrielle Revolution (Digitalisierung) ist ... das Resultat staatlicher Forschung und Entwicklung. Der Import von F35-kampfflugzeugen, US-Hubschraubern usw. ist also nicht nur ein rüstungskeynesianisches Konjunkturprogramm für die USA; sondern vergrößert auch den technologischen Rückstand der EU. Im Ergebnis droht eine High-Tech-Bipolarität zwischen den USA und China mit dem Rest der Welt als ihren Anhängseln.“ (88 f.) „Die EU sollte ... ein Interesse an einem sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen (mit Russland) haben.“

**(Folie 24) Denn erstens** „eine Eskalation des Ukraine Konflikts in eine direkte militärische Auseinandersetzung der NATO mit Russland würde sich auf europäischem Boden und nicht in den USA abspielen.“



**Zweitens** ist die Inflation in der EU zwar auch durch Störungen der Lieferketten ..., hauptsächlich aber durch den Ukrainekrieg bedingt.“ Der Krieg müsste also beendet werden, „um einer sozialen und politischen Destabilisierung entgegenzuwirken.

**Drittens** wäre ein Ende des für Kiew aussichtslosen Abnutzungskrieges auch im Interesse Afrikas und europäischer Afrikapolitik ...

**Viertens** müssten die EU-Staaten ein Interesse daran haben, dass der Ukrainekrieg nicht das Ende der multilateralen Freihandelsordnung durch die Hintertür bedeutet.“

Solty betont zum Schluss: „‘Strategische Autonomie’ ist nicht fortschrittlich und lässt sich ... auch nicht umcodieren.“ Sie ist „tatsächlich ausschließlich militärisch im Sinne der ‚Zeitenwende‘-Aufrüstung und des Zwei-Prozent-Ziels der NATO gemeint. Das bedeutet aber auch, dass sie nicht einmal im engsten militärischen Sinne Unabhängigkeit von den USA meint, sondern Ausdruck des Transatlantizismus und einer transatlantischen Arbeitsteilung in der gemeinsamen Konfrontation gegen China ist.“ (97)

„Eine wirkliche europäische Unabhängigkeit, die sich einer neuen Blockkonfrontation widersetzt, wäre wünschenswert. Ein neuer Kalter Krieg ist unvereinbar mit den Interessen der europäischen, ja globalen und auch amerikanischen Volksklassen an Frieden, gemeinsamer Sicherheit, sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Teilhabe und vor allem an der Eindämmung der Klimakatastrophe.“

Bezüglich der Forderung nach europäischer Unabhängigkeit ist das Kapital „hier jedoch nicht das neue ‚revolutionäre Subjekt‘. Es leidet auch nicht an falschem Bewusstsein. Linke Kräfte sind nicht gut beraten, zu versuchen, der ... herrschenden Klasse zum Erkennen ihrer ‚wahren‘ Interessen zu verhelfen... Eine europäische ‚Unabhängigkeitserklärung‘ kann nur eine gegenmächtige von unten und aus der Gesellschaft sein.“ (97 f.)